

in Katarhe
Emser
Wasser

Leberzeugen
Sie sich von
der Qualität
meines
Abaris-
Waspulvers
Drogerie
Schmidt,
Gehrenberg.

um 1. Juni
noch einige Anfänger
für- und Biotin-Unter-
Monatshefte
2. Zeilen wöchentlich
reife ist mit Nr. 28
Geschäftsstelle die
ung zu erlangen.

etwas junges
Mädchen
ein), zwisch. Aufstie-
stlicher Arbeiten, die
einfache Buchführung
und Maschinenschrei-
berei, zum Teil
beherrscht, zum Teil
mit Gehaltsanfrage,
schr. u. Lichtbild an
u. Obstm.,
u. b. S.
Arndstraße 6.

fräulein, welches
zu wirtschaften ver-
steht
Stellung
in einem kleinen
Angebot. unt. M. S.
die Geschäftsst. d. B.

enverdienst
M. monatl. zuhause
Arbeitsverhältnisse. Näher-
u. Anfr. S. Wehrh.
m. b. S. Wehrh.
da, Postfach 489.

rn. Damen wünscht
glücklich zu verheiraten,
auch ohne Vermögen
für Zukunft durch
Berlin, Postfach 135.

tragende und
Macht-Ziegen
genämmer (Wid-
u. gezeichnet, auch
de Sorten Zelle.
alles enorm hohe
Preise.
Brennstein,
35. Telefon 248.

roßer
blischer
Dienst
offizielle
Zeitung
Berlin

April monatl. 9.-
allen Postämtern
u. Verlagsstellen
Berlin SW. 68.

bei Pferden sind
heilbar.
schreiben verlangen.
Tierheilung
Hufen i. Hofen.

WUEGEL
deutschen Piano-
Fabriken
P. Bielefeld,
Oberwall 32.

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kuhse
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfach Nr. 5796
Scheidt-Hamm

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. Spalte. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Wekamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 125.

Herford, Montag, den 31. Mai 1920

38. Jahrgang.

Roch über die künftige Koalition.

Wir sind in der Lage, aus einer Rede des Reichs-
ministers Roch in St. Petersburg über die
künftige Koalitionsbildung eingehend darzulegen. Reichs-
minister Roch führte aus:

Er halte die gegenwärtige Koalition für notwendig.
Wenn sie einmal in die Brüche gehe, werde es keinen ver-
nünftigen Menschen geben, der nicht einräumte, was er an ihr
verloren habe. Er habe schon von 20 Jahren in der Kom-
munalverwaltung den Standpunkt vertreten, daß man
Deutschland nicht ohne die Arbeiterkraft regieren könne.
Wenn man damals die Arbeiterkraft allmählich zum Mit-
regieren herangezogen hätte, so hätte die Arbeiterkraft das
nicht in der schwierigsten Stunde plötzlich lernen müssen
und manche Unzulänglichkeiten, unter denen selbst die eigen-
nen Führer der Sozialdemokratie heute zu leiden hätten,
wären vermieden worden. Auch hier sei das neue Regime
mit den Verhältnissen des alten belastet. Unmöglich sei
es, wegen solcher Unzulänglichkeiten auf die Mitwirkung der
Arbeiterkraft zu verzichten. Der Bolschewismus sei in
Deutschland nur dann eine Gefahr, wenn die Mehrheit der
Arbeiterkraft bolschewistisch werde. Dazu sei ein Abdrän-
gen der Sozialdemokratie von der Regierung und die Ein-
haltung eines Rechtskurzes aber das beste Mittel. Ebenso
wenig aber könne Deutschland allein durch die Arbeiter-
kraft regiert werden. Schon als bei der letzten Kabinett-
krisis in der durch den Rapp-Ruß nach links orientierten
Sozialdemokratie der Gedanke einer reinen Arbeiterregie-
rung aufgetaucht sei, habe er demgegenüber erklärt, daß
eine solche Regierung sofort ein Mißtrauensvotum von
seiner Partei und der Mehrheit des Parlaments erhalten
würde und sich entscheiden müsse, ob sie etwa den unum-
glichen Versuch machen wolle, sich als Räte-Regierung am
Ruder zu erhalten. Auch einer Unterwerfung unter irgend
welche Forderungen der Gewerkschaften werde sich seine
Partei in Zukunft ebenso mit Entschiedenheit widersetzen
wie bisher. Man könne nicht zwei Herren dienen, der
Räte-Regierung und der Demokratie.

Auf der anderen Seite sei es erwünscht, daß das Bür-
gertum im weitesten Sinne des Wortes in der Koalition
möglichst stark vertreten sei. Wer sich entschlossen und klar
auf den Boden der neuen Verhältnisse stelle, gehöre hinein.
Die Deutsche Volkspartei trete ebenfalls auf dem Wunsch
heraus, in die Koalition hineinzukommen. Wenn das wirk-
lich ihre Absicht sei, so sei die Politik, die sie bisher ge-
macht habe, agitatörisch vielleicht richtig, politisch und na-
tional aber überaus verfehlt. — Damit, daß man die
Bolschewismuskämpfer mit Klagen über das verlorene Kai-
serreich fülle, damit, daß man die Regierung und die De-
mokratie für alle Schäden der Zeit verantwortlich mache,
möge man wohl hier und da unklare Wähler fangen, man
kann aber damit nicht den Boden für den Eintritt in eine
demokratische Regierung vorbereiten.

Nachdem die Deutsche Volkspartei ein Jahr lang die
demokratische Partei wegen des Zusammengehens mit der
Sozialdemokratie des Verrates am Bürgertum bezichtigt,
nachdem sie die Mitglieder der Regierung als unfähig und
schuldig hingestellt habe, anstatt die ersten sachlichen
Schwierigkeiten jeder heutigen Regierungstätigkeit anzu-
erkennen, nachdem sie sich über Demokratie und Parlamen-
tarismus immer wieder auf das Abfälligste geäußert habe,
kann die Partei nicht erwarten, daß man ihr jetzt ein halb-
schlechtes, wenn sie, wie der verlorene Sohn, nun zurück-
kehren wolle.

Durch das Verhalten der Partei während des Rapp-
Rußes namentlich durch den Aufruf vom 13. März, sei
das Mißtrauen der Arbeiterkraft wieder gewachsen und
ihre Verhalten in der Wahlbewegung, wo sie den Kampf
ausschließlich nach links führe und den alten verbrauchten
und aufreizenden Unterschied zwischen national gesinnten
und nicht national gesinnten Parteien wieder aus der Klüft-
kammer hervorgeholt habe, sei die Erklärung des Reichs-
kanzlers Müller in Nürnberg geradezu provoziert worden.

Wenn die Deutsche Volkspartei wirklich hätte mit-
machen wollen, so hätte sie längst ihre Taktik ändern
müssen, anstatt einfach einseitig und unbefonnen zu er-
klären, sie wolle in Zukunft an der Regierung teilnehmen.
Wollte unverständlich sei es aber auch, wenn sie immer
noch erklärt, wie Marx in Frankfurt und Gildemeister in
Bremen, sie wolle zwar in die Koalition eintreten, auf
Kompromisse aber werde sie sich nicht einlassen. Ob die
Deutsche Volkspartei denn denke, daß nach ihrem Beitritt
Herr Scheidemann, Herr Petersen und Herr Trimborn
schlechtweg die Politik der Deutschen Volkspartei machen
würden? Solche Darlegungen ließen vermuten, daß die
Deutsche Volkspartei sich die Konsequenzen ihrer Haltung
nicht klar mache und daß es ihr bei der ganzen Sache in
erster Linie darauf ankomme, solche Wähler zu gewinnen,
die keine Lust hätten, weitere 4 Jahre in der Opposition

Das Neueste vom Tage.

Keine Verschiebung von Spaa.

dd. Paris, 30. Mai. (Sig. Draht.) Ämtlich. In ita-
lienischen Kreisen wurde mitgeteilt, daß Frankreich und
England ihre Zustimmung zu einer Verschiebung der Kon-
ferenz in Spaa auf einen Zeitpunkt zwischen dem 6. und 20.
Juli gegeben hätten. Demgegenüber erklärte man in den
Kreisen der Pariser Konferenz, daß die französische und
englische Regierung übereingekommen seien, bei Ritti dar-
auf zu beharren, daß der 21. Juni als Tag des Beginns
der Konferenz festgehalten und von einer weiteren Ver-
schiebung Abstand genommen wird.

In einer Sitzung des Reichskohlenverbandes
und des Reichskohlenrates wurde der Antrag auf Erhöhung
der Kohlenpreise zunächst für den Monat Mai abgelehnt.
Die Lohn erhöhungen werden teils ohne Preiserhöhung von
den Arbeitgebern übernommen, teils sind die Arbeitnehmer
mit Lohnzahlung in Form von Lebensmitteln einverstanden.

Deutschland soll nach dem Friedensvertrag mit
Rettland an dieses eine Entschädigung von etwa einer
Milliarde zahlen.

Der deutsche Geschäftsträger in Rom, Herr
ist an Nierenentzündung so schwer erkrankt, daß sein Zu-
stand als hoffnungslos gilt.

Der erste österreichische Städtetag hat eine Ent-
scheidung angenommen, welche der Forderung nach dem
ehesten Anschluß Österreichs an Deutschland Ausdruck gibt.

Seute tritt in Wien der Reichsarbeiterrat zusammen,
der sich mit der gegenwärtigen politischen Lage Deutsch-
lands, mit den Aufgaben der Organisation und der
Finanzierung der Arbeiterräte beschäftigt wird.

Den Blättern zufolge beschloß die streikenden
Wiener Gerichtsbeamten am 30. Mai den Dienst wieder
aufzunehmen.

Der Rat des Völkerbundes tritt am 27. Juni in
San Sebastian zusammen.

Millerand hat mit starker Mehrheit von der Kam-
mer ein Vertrauensvotum erhalten, das ihm wegen der
Festsetzung einer Pauschalsumme, die Deutschland als Ent-
schädigung zu zahlen hat, freie Hand läßt.

Die Geschäftsleitung des Eisenbahnerbundes in Frank-
reich hat die Wiederaufnahme der Arbeit am Sonnabend
morgen beschlossen.

Im amerikanischen Abgeordnetenhaus ver-
suchte man vergebens, gegen das Veto Wilsons zur Fried-
ensresolution einzuschreiten, da es nicht gelang, das not-
wendige zwei Drittel der Stimmenmehrheit zusammenzu-
bringen.

Senator Walsh brachte im amerikanischen Senat eine
Resolution ein, wonach die Ausfuhr von Kohlen verboten
werden soll.

Verschiedene Teile der Vereinigten Staaten wurden durch
Waldbrände in ungeheurer Weise heimgesucht.

Der Streik in Genua ist völlig abgebrochen. Der Eisen-
bahndienst sei am Freitag morgen wieder aufgenommen
worden.

Nach einem Telegramm aus Helsingfors haben
die finnischen Operationen gegen die in Ost Karelen ein-
dringenden Bolschewisten nunmehr begonnen.

Die Feindseligkeiten zwischen Japan und Ruß-
land sind am 25. Mai zu Ende gegangen. Russische und
japanische Kommissionen sind zum Abschluß des Waffen-
stillstandes in Chabarowsk eingetroffen.

Aus Beirut meldet „Havas“, daß Christen meh-
re in bei Tyrus stattfinden und eine von Ägypten geschickte
Kolonne die Täter bestrafe.

Das gesamte Personal der Kessel der Eisenbahnen ist we-
gen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht
auf allen Strecken.

zu bleiben, die aber den Wunsch hätten, die bestehende Ko-
alition möglichst nach rechts zu drücken. Wer wirklich den
nicht sozialdemokratischen Flügel der Koalition stärken
wolle, werde richtiger tun, demokratisch zu wählen. Als
der Abg. Stresemann im Januar die Deutsche Volkspartei
mit einer viel unworbenen Braut verglichen habe, habe der
Redner in Bremen erklärt, er fürchte, daß sie eher einer
trübsüchtigen Jungfrau gleiche, die den Anschluß verpasse. Die
dazwischen liegenden Ereignisse bewiesen, wie verhängnis-
voll die schwankende Haltung der Deutschen Volkspartei
gewesen sei.

Unruhen in Oberschlesien.

Die Opfer der Beuthener Unruhen.

In Beuthen, 29. Mai. Wie der Telegraphen-Union gemeldet
wird, haben die Unruhen 2 Tote und 12 Verwundete gefordert.
Außer der nationalpolnischen Grenzzeitung wurden auch die Ge-
schäfts- und Maschinenräume der Ostdeutschen Morgenpost durch
polnische Krieger zerstört. Die Morgenpost kann nicht erschei-
nen. Den Zerstörungen sind Millionenwerte zum Opfer gefallen.

dd. Beuthen, 30. Mai. Wie die Oberschlesische Morgenzeitung
meldet, wurde heute der nordamerikanische Staatsangehörige Arnold
S. Heide von französischen Soldaten in der Gleiwitzer Straße aus
der Elektrischen geholt und erschossen. Der Grund zu dieser Tat
soll angeblich eine die Franzosen kränkende Bemerkung des Ame-
rikaners sein. Der Sonnabend und Sonntag verlief nach den Vor-
fällen ruhig.

not. Wien, 29. Mai. Andauernde Schießereien im West-
mungsgebiet, wo in der letzten Nacht wieder zahlreiche Personen
verletzt wurden, veranlaßten endlich italienische Truppen zum Ein-
schreiten und zur Besetzung einiger Karwiner Schächte, welche da-
rauf von den Polen geräumt wurden.

Der polnische Sägenfeldzug.

Ein polnischer Junkspruch aus Warschau an Me vom
22. Mai bringt u. a. folgende Nachricht: „Bis zum 6. Mai
ist es den Deutschen gelungen, in Oberschlesien 125 000 Mann
an Truppen einzuführen. Unter ihnen befindet sich die be-
rühmte Marinebrigade Ehrhardt. In Myslowitz, Szopienice
und Koszów haben deutsche Truppenübungen statt-
gefunden. Die Deutschen erklären, sie würden Oberschlesien
nicht freiwillig räumen, eher würden sie die alliierten Trup-
pen entwaffnen.“

Hierzu wird erklärt: Reichswehr befindet sich im Ab-
stimmungsgebiet Oberschlesien überhaupt nicht, so daß die
Angaben über Truppenübungen auf freier Erfindung be-
ruhen. Die Marinebrigade Ehrhardt befindet sich zur Auf-
lösung in Munsterlager. Die von den Polen selbst gemel-
dete Tatsache, daß die Interalliierte Kommission bis jetzt
noch keine Maßnahmen getroffen hat, um dieser heim-
lichen deutschen Invasion entgegenzutreten, beweist am
besten die Galtlosigkeit der polnischen Angriffe.

Landfrauen.

Mehr als jemals beruht auf der Landwirtschaft das
Gedeihen des Volkes, mehr als jemals muß die Landwirt-
schaft gestärkt und gefördert werden.

Wir treten ein für den geordneten Abbau der Preise
für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Wir treten ein für den Schutz der Kleinfamilienbetriebe,
für die Vergrößerung unzureichender Kleinbetriebe, für die
Steuererleichterung bei ihrem Grunderwerb. Wir treten
ein gegen den Pachtwucher, gegen unberechtigte Kündigung
der Kleinpächter.

Wir treten ein für ausgedehntere landwirtschaftliche
Unterweisung, für die Förderung der ländlichen Kredit-
anstalten und Genossenschaften. Wir treten ein für bessere
Versorgung mit Kunstdünger und Kohle.

Wir treten ein für das Siedlungswesen. Je mehr
Deutsche selbständig und schaffensfreudig unsere Mutter
Erde bebauen, um so besser steht es um unser Volk.

Wir Demokraten wollen, daß das ganze Volk regiert,
nicht eine Klasse; die konservativen Deutschnationalen, die
Volksparteier, ebenso wie die Sozialisten wollen hingegen
die Herrschaft bestimmter Klassen. Diese Parteien heben
zum Klassenkampf, zum Bürgerkrieg, der vor keinem Haus
in Stadt und Land Halt macht, der den Schrecken größtäd-
tischen Verbrechertums auf das Land hinausträgt.

Wir Demokraten schützen vor solchem namenlosen Un-
glück, denn wir sind die Partei der Ruhe, Ordnung und
Gerechtigkeit, die Partei des ganzen Volkes.

Wählt die Deutsche Demokratische Partei!
Reichsfrauenauschuß der Deutschen Demokratischen Partei!

Deutsches Reich.

Ein geplanter Reichsputsch.

In Frankfurt a. O., 29. Mai. Wie dem Volksblatt aus sicherer
militärischer Quelle mitgeteilt wird, beabsichtigen die Deutschna-
tionalen am 5. oder 6. Juni einen großen Schlag zum Sturz der
Republik und zur Verhinderung der Wahlen zu führen. Der Aus-
gangspunkt für den Putsch liegt unweit Frankfurt a. O. Die Füh-
rung liegt in den Händen von vier Generalen. Die Einnahme
von Berlin soll von Bormann aus erfolgen. Als Operations-
basis ist Greifswald in Aussicht genommen. Die Niederknüpfung
von Mitteldeutschland wird von Hannover aus in die Wege geleitet.
Für den Bezirk Frankfurt a. O. stehen 2300 Offiziere in Mann-
schaftsuniformen zur Verfügung, die als Sturmtruppen in hervor-
ragendem Maße mit Maschinengewehren und Handgranaten aus-
gerüstet sind.

Eine Erklärung des Frontbundes.

wtb. Berlin, 30. Mai. Der Frontbund sendet uns eine Erklärung, in der es heißt: Der Frontbund ist eine rein wirtschaftliche Berufsorganisation und beschäftigt sich nur mit sozialen, internen Fragen innerhalb der Reichswehr, aber nicht mit Politik und empfindet es sicher, daß seine stille, ernste Organisationstätigkeit zu Wahlmandatern mißbraucht wird!

Ministerpräsident Brauns für die Aufhebung des Belagerungszustandes im Ruhrgebiet.

Duisburg, 30. Mai. Wie die sozialdemokratische Niederrhein-Volksstimme meldet, sandte der hier weilende preussische Ministerpräsident Brauns folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten: Durch Fühlungnahme mit den weitesten Bevölkerungskreisen bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht mehr notwendig ist. Ich bitte daher dringend, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben. Brauns, Ministerpräsident.

Bericht der Untersuchungskommission im Ruhrgebiet.

wtb. Berlin, 30. Mai. Nach den von einer Kommission der Reichsregierung im Ruhrgebiet getroffenen Feststellungen ist die Zahl der wegen Beteiligung an den Unruhen verhafteten Personen beträchtlich zurückgegangen. In Wesel ist die Gesamtzahl der Untersuchungsgefangenen von 700 auf 246 und in Dortmund von 200 auf 50 zurückgegangen. Weitere Haftentlassungen stehen bevor. Von den Verurteilten ist eine erhebliche Zahl begnadigt worden.

Broterzeugung und Reichsgetreidestelle.

Berlin, 30. Mai. Blätter verschiedener Richtungen bringen in letzter Zeit Angriffe gegen die Reichsgetreidestelle, der Lebensmittelwirtschaft mit ganz ungeheuren Beträgen vorgeworfen wird. Tatsächlich macht die Reichsgetreidestelle keine Ueberhörschüsse, muß aber ein Defizit von mehreren Milliarden decken, das aus der Einfuhr ausländischen Getreides stammt, welche ungeheure Reichszuschüsse erforderlich gemacht hat und noch erfordert. Vom 1. April bis 15. August d. J. sind für Verbilligungskationen 3 Milliarden Mark, in der Hauptsache für Brotgetreide, zur Verfügung gestellt. Die Schuld an der Broterzeugung trifft die Verwendung ausländischen Mehles, welche sich leider angesichts der Verhältnisse nicht umgehen läßt; die reinen Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle betragen etwa 3 Pfennig für das Brot von 1900 Gramm.

Die welfische Bewegung.

wtb. Berlin, 29. Mai. Zu den Nachrichten über die welfische Bewegung in Hannover erklärte Staatskommissar Weismann, es sei der Regierung bekannt, daß die deutsch-hannoversche Bewegung ihr Ziel, die Völkerrückkehr nach Preußen, hartnäckig verfolge und gegebenenfalls auch vor Gewaltmaßnahmen nicht zurückweichen würde. Jedoch sei es ihr nicht gelungen, rein deutsch-hannoversche Reichswehrverbände in der Provinz zu schaffen. Maßnahmen zu einer Einziehung der unter der Landbevölkerung vorhandenen illegalen Waffenverbände seien seit längerer Zeit im Gange.

Sparprämienanleihe.

wtb. Berlin, 29. Mai. Die nächste große Gewinn- und Auslosung der deutschen Sparprämienanleihe findet am 1. Juli statt, wofür das Reich insgesamt für Gewinne, Zinsen und Bonus zum 1. Juli 82 Millionen Mark anfordert.

Ein Erlass gegen den Zusammenschluß der Freikorps.

wtb. Berlin, 30. Mai. Da sich in letzter Zeit Bestrebungen bemerkbar gemacht haben, die entlassenen oder zur Entlassung bestimmten Angehörigen der Freikorps oder ähnlicher Formationen zusammenzuschließen, um der Auflösung Widerstand zu leisten, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die die Aufforderung an frühere oder derzeitige Angehörige der Freikorps zu vereintem Ungehorsam oder gewalttätigen Widerstand gegen Anordnung der zuständigen Dienststellen, insbesondere gegen Auflösung, Verringerung und Umgliederung der bestehenden Verbände oder der Widerstand gegen ähnliche Anordnungen mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder mit Gefängnisstrafen bedroht wird. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, sich ohne Genehmigung der zuständigen Stellen Verbänden militärischer oder politischer Art anzuschließen.

Zwischen Himmel und Erde.

41) Erzählung von Otto Ludwig.

Früh Regenzeit war. Eben noch hatte er dem unaussprechlichen Lode in die Augen gesehen; nun sollte er leben! Leben, wo niemand wußte, was er getan, wo ihn nicht jedes zufällige Geräusch mit dem Wahnbild des Hähners schrecken durfte. In diesem Augenblicke fühlte er selbst das als ein Glück, daß er fern sein sollte von dem Weibe, um das er alles getan, was er getan, und in deren Anden er Tag für Tag alles mitgehen sollte, was er getan; die seine Tat wußte, von der jeder Blick eine Drohung war, ihn der Vergeltung zu überliefern. Es graute ihm vor dem Hause, in dem alles stündlich ihn erinnern mußte an das, was er unter dem fremden Himmel ganz zu vergessen hoffte, und sich vor machte, durch ein neues Leben abzuwaschen zu wollen. Am liebsten wäre er sofort unmittelbar von der Stelle, wo er jetzt stand, dem Rettungshafen zugeeilt. „Apollonius ist nicht gekürzt“, fuhr der Alte fort und Frisch Nettemairs ganzer neuer Himmel verlor sich. Das alte Gespenst hatte ihn wieder in seinen Fäusten. Nun liebte er wieder das Weib, das zu fliehen er eben nach sich gefreut. Mit dem Gegenstande seines Hasses lebte der Haß und die Liebe wieder auf, und beide waren Schlangenglieder. Er meinte, alles habe er gekostet; Sterben war ein Scherz, lag nur auch der Rebenbuschler tot, Gewissensangst, das drohende Jenseits, alles war erträglich, nur eins nicht: sie in seinen Armen zu wissen. Der Alte hatte das Sohnes Ja erwartet. „Du gehst“, sagte er, als dieser schwieg. „Du gehst. Du bist morgen vor Tag noch auf dem Weg nach Amerika, oder ich bin auf dem Weg in die Gerichte. Soll Schande sein, so ist's besser bloße Schande, als Schande und Mord. Denk, ich hab's geschworen, und nun ist's, was du willst“. Der alte Herr rief den Gefallen heraus und ließ sich heimführen.

Unterwegs war das Gerücht, das dem alten Herrn auf seinem Wege nach Sankt Georg begegnet war, auch in die Stadt gekommen, wo das Haus mit den grünen Räden steht. Vor den Fenstern erzählte es ein Vorübergehender einem anderen. Die Frau hörte nichts als: „Wißt ihr's schon? In Drambach ist ein Scherker verurteilt“. Dann kam sie vom Stuhle, von dem sie aufspringen wollte, auf die Dielen. Wiederum mußte der alte

Deutschnationales.

Helferisch.

Der künftige Führer der Deutschnationalen im Reichstag, Dr. Helferisch, ist nicht immer der Abgott seiner jetzigen Freunde gewesen. Wie die D. P. R. feststellt, hat am 29. März 1919 der Deutschnationale Abgeordnete D. Mumm in der Nationalversammlung über Helferisch sich folgendermaßen geäußert: „Ich habe keine Lust, irgendwie die Fehler, die in der Vergangenheit begangen worden sind, auf unsere Partei zu nehmen, sondern nicht jene von Helferisch und anderen verschuldete Wirtschaft, gegen die ich jederzeit aufs schärfste aufgetreten bin.“

Geologische Valutaweisheit.

Der Geologe der Universität Halle, Professor Seupin, hat in einer deutsch-nationalen Wählerversammlung in Halle behauptet, daß unsere Valuta seit einigen Wochen steige, weil das Ausland nur Vertrauen zu den Rechtsparteien habe. Es habe in der letzten Zeit erkannt, daß das deutsche Volk von der jetzigen Regierung abgerückt sei. — Wenn diese „geologische“ Valutaweisheit richtig ist, so wäre aus dem neuerlichen Rückgang des Marktfusses zu schließen, daß sich nach Ansicht des Auslandes die Ansichten der Rechtsparteien bei den Wahlen jetzt verschlechtert haben.

Ausland.

Amerikanische Sympathieerklärung für den irischen Freiheitskampf.

Rotterdam, 30. Mai. Reuter meldet aus London, daß die gestrigen Morgenblätter Berichte aus Washington bringen, demzufolge die Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus mit elf gegen sieben Stimmen erklärt hat, mit dem Wunsche des irischen Volkes zu sympathisieren, eine Regierung nach eigener Wahl zu erhalten. Die Resolution soll in der nächsten Woche vor das Plenum des Hauses kommen.

Eine belgische Nichtigstellung.

wtb. Brüssel, 29. Mai. Der Ackerbauminister hat sich genötigt gesehen, in der „Derniere Heure“ das hier umlaufende Gerücht, das von Deutschland an Belgien gelieferte Vieh sei vergiftet, als Fiktion zu erklären. Von den gelieferten 40 000 Stück seien nur einige hundert an Maul- und Klauenseuche zu Grunde gegangen.

Neuhof, 29. Mai. Das Bankhaus J. P. Morgan erhielt Nachrichten, wonach 11 900 000 Dollars in Gold in Seattle und 10 300 000 Dollars in Gold in San Francisco angekommen sind. Die ganze Summe ist sofort dem Schatzamt übermittleit worden. Obwohl keine Bestätigung zu erhalten war, vermutet man doch, daß das Gold von der russischen Regierung in Omsk stammt und für England bestimmt war.

wtb. Paris, 30. Mai. Alle französischen Beamtenvereinigungen, die sich dem allgemeinen Gewerkschaftsbund C. G. T. angeschlossen haben, erklärten, daß sie den Regierungsentwurf ablehnen, der diesen Anschluß verbietet.

Der landwirtschaftliche Ausschuss des amerikanischen Senates beschloß, sich in seinem Bericht zugunsten der Bill betreffend den Erlaß eines Zuderausfuhrverbotes auszusprechen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Heimrecht-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

31. Mai.

Die gegenwärtige Krise.

Wahlversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei.

Hundert waren am Sonnabend abend der Einladung der Deutsch-Demokratischen Partei in den großen Saal des Schützenhofes gefolgt, um den bekannten Politiker Pastor Chappuzeau-Hannover-Hainholz und die Kandidatin Dr. D. P. Frau Dr. Bohnefeldt-Bielefeld sprechen zu hören. Der Gesamteindruck, den die Vorträge bei den Anwesenden hinterließen, war, daß sie vorweggenommen, ein einmütiges und freudiges Bekenntnis zur Demokratie. Nach einer kurzen Einführung des Vorsitzenden, Rechtsanwält Brand, sprach zuerst Frau Dr. Bohnefeldt-Bielefeld. In ihren Ausführungen wandte sie sich besonders an die Frauen, deren durch jahrzehntelange Tätigkeit im wirtschaftlichen Leben, durch die übermenschliche Arbeit in

den Kriegsjahren und die gerade dadurch erlangte Reife erworbenes Recht zu politischer Betätigung und Mitarbeit kennzeichnend. Die von den Frauen im Parlament geleistete Arbeit, gerade auf Gebieten, die sie besonders berührten, haben gezeigt, was die Frau im politischen Leben leisten könne und daß sie in ihm eigentlich unentbehrlich sei. Darum dürften die Frauen auch fordern, daß ihre Vertreterinnen, wie in der D. D. P., an aussichtsreicher Stelle auf den Wahllisten ständen. Aus den ihr zugefallenen Rechten wären der Frau aber auch Pflichten erwachsen. Die Frau sei verpflichtet, sich politisch zu bilden, wie die Männer sich einer Partei anzuschließen. Vielfach ließe leider das Interesse an den politischen Rechten schon nach. Es wäre sehr bedauerlich, wenn schon jetzt, bei der zweiten Wahl, ein Rückgang in der Stimmenabgabe der Frauen sich bemerkbar machte. Welcher Partei nun solle sich die Frau anschließen? Das ganze Wesen der Frau, ihr Verstand, weicher, vermittelnder Charakter, ihr väterliches Empfinden müsse sie zur Deutsch-Demokratischen Partei treiben. Während, dulden, entbehren, schweres Opfer bringend habe sie die furchtbaren Kriegsjahre überstanden. Sie sehne sich jetzt nach Ruhe, nach geordneten Zuständen. Diese wären aber nicht gewährleistet, wenn die Parteien von rechts oder links, zur alleinigen Regierung kämen. Unruhen, Bürgerkrieg wären die Folge und das wäre das Schrecklichste für eine Frau. Darum müsse sie sich zur Mitte wenden, wo sie Gegensätze überbrücke, versöhnend wirken, positive Arbeit zum Wohl ihrer Kinder, des Volkes leisten könne. Nur in der Mitte sei auch die praktische Arbeit gewährleistet, wie sie die Frau bisher, so beim Siedlungsgebot, geleistet. In höchstem Maße wüßte die Rednerin in ihren Ausführungen die Zuhörer zu fesseln und als sie am Ende aufforderte, bei der Wahl für Oberbürgermeister Dominicus, den Mann der praktischen Arbeit und der neuen Ideen, die Stimme abzugeben, folgte allgemeiner, zustimmender Beifall.

Nun nahm der Hauptredner des Abends, Pastor Chappuzeau, das Wort zu seinem Vortrag über „Die gegenwärtige Krise“. Seine klaren, leidenschaftlichen und sachlichen Ausführungen sicherten ihm von vornherein das lebhafteste Interesse der Hörer. Eingangs kennzeichnete er die Genesung der Wählermassen, die nur zu einem Bruchteil überzeugte und offene Mitglieder einer Partei, durch ihr stetes Hin- und Hergehoben eine Gefahr bildeten, da sie, gewöhnlich ohne allzu großes politisches Verständnis, sich durch Schlagworte und den Hinweis auf die von der herrschenden Regierung gemachten „Fehler“ allzuleicht beeinflussen ließen, um dann zu spät einzusehen, daß sie unrecht getan. So müsse man denn zu dem Schluß kommen, daß bei den kommenden Wahlen vorläufig die Parteien von ganz links und rechts, ähnlich wie in Braunschweig, Zuwachs bekämen. Was aber dann? Die eine Möglichkeit wäre der Kampf zwischen den beiden Extremen um die Herrschaft, also Bürgerkrieg, der den Ruin Deutschlands, die zweite die Bildung einer leistungsfähigen Regierung aus beiden Richtungen, die naturgemäß nur auf einer Mittellinie zustande kommen könne, womit dann der gegenwärtige Zustand wieder hergestellt sei. Scheinbar, denn eines dürfte nie unberücksichtigt bleiben, ob eine solche Regierung auch wirklich leistungsfähig sei! Schon die Arbeiten in der Koalitionsregierung des letzten Jahres habe gezeigt, wie unendlich schwierig ein Zusammenarbeiten schon von Parteien sei, die auf der Mittellinie, oder ihr am nächsten ständen. Wie sollte erst eine Arbeit fruchttragend sein, bei der die extremsten Gegensätze von rechts und links ständig aufeinander prallen müßten. Ein „nationaler Kommunismus“ sei doch wohl nicht gut denkbar. (Heiterkeit und sehr richtig!) Eine entsprechende Arbeit werde nur möglich sein, wenn wir uns als Volk zusammenfänden, ein deutsches Volk würden. Sonst wäre, unsere Zukunft vorbei. Dieser ganzen Situation werde aber nur eine Partei gerecht, die Deutsch-Demokratische Partei. Zwar trete man ja allem, was nur einen demokratischen Geruch aufweise, in gewissen Kreisen, auch hier in Herford, mit Opposition entgegen, denn die Demokratie sei doch eine Folge der Revolution und mit Revolution wolle man

wie ihr eigenes undeutlich fernes Spiegelbild hinter einem bergehenden Felsfleck. Jäger und untergeordnet war ein dumpfer Druck über der Herzgrube, der zum stehenden Schmerz wuchs, und das angestohlene Wissen, er müsse sie, erliden, könne sie das Weinen nicht finden, das alles heilen müsse. So sah sie lange regungslos und hörte nichts von alledem, was der alte Valentin in seiner Angst ihr vor sprach. Es war nichts daran verloren; der Alte glaubte selbst nicht an seine Trostgründe, wenn er ihr beweisen wollte, Apollonius könne nicht verunglückt sein; er sei zu vorsichtig dazu und zu brav. Und während die Geschichte aus seiner Jugend, wo sich Leute, die nun lange tot sind, von einem ähnlichen Gerichte vergeblich hatten schrecken lassen! Er wußte es und erzählte doch immer fort und beschrieb die Personen, als müsse es die Frau unfehlbar beruhigen, wenn sie den alten Mann kern und seine Haushälterin vor den Augen ihres Geistes sehe, wie sie damals lebten und lebten. Er hätte sein Leben hingegen, um ihr zu helfen; er wußte in seiner Ratlosigkeit nicht, wie? so suchte er sich selbst über die Angst des Augenblicks nicht immer eifrigeres Erzählen hinauszuhelfen. Dabei beläufte er jede kleinste Bewegung in den Zügen des bleichen schönen Gesichtes; und je schöner und jugendlicher es ihm vorkam, desto schwerer schien ihm, was sie litt, und desto eifriger wurde sein Erzählen. Als eine hiebzehnjährige Braut hatte er sie in das Haus mit den grünen Räden einzuliegen sehen, acht Jahre hatte er in ihrer Nähe gelebt. Die bis in ihr vierundzwanzigstes ein innerlich unberührtes, heiter mit den Dingen spielendes Kind gewesen, was hatte sie in den letzten zwei Jahren erduldet! Nun lag sie gebrochen als halb aufgeschlossene Blume vor seinen alten Augen da, die so oft um sie gewirrt, mehr über die Milde und unbewußte, ungerührbare Heike, womit sie ihr Unglück trug, als über ihr Unglück selbst. Es gibt ruhende Gestalten, die die Angst, die selbst der Jörn nicht entstellt; die in all ihrem Tun, selbst in ihrem Rachen, selbst in ihrer lauten Freude um Bewegen, deren Anden sich rührt, ohne daß wir an einen Schmerz, an ein Leiden bei ihrem Anschauen denken müssen. Es ist auch keine schmerzliche Mischung, die wir da empfinden; und der Schmerz selbst hat auf solchem Gesicht eine wunderbare Kraft, uns zugleich zu trösten und rührend zu erheben, indem er uns zum tiefsten Mitleid mit seinem Träger dahinreißt. Als eine solche Gestalt hatte Christiane, so lange er sie kannte, vor des alten Valentins Augen gestanden, als eine solche lag sie jetzt vor ihm da.

Fortsetzung folgt.

erlangte Reife
und Mitarbeit
besonders ge-
heißt werden
unentbehrlich
daß ihre Ver-
reicher Stelle
zugefallen
e erwachsen
ilden, wie die
schach tiefe
schon nach
ei der zweiten
der Frauen
solle sich die
rau, ihr ver-
ihre Vaterlän-
demokratischen
end, schwerste
Jahre über-
geordneten
stet, wenn die
in Regierung
olge und das
müsse sie sich
brücken, ver-
ihrer Kinder,
sei auch die
au bisher, so
Maße wußte
brer zu fesseln
der praktischen
angehen, folgte
ends, Pastor
ag über „Die
astlosen und
rnherein das
zeichnete er
einem Bruch-
Partei, durch
bildeten, da
Verständnis,
die von der
allzuleicht be-
daß sie un-
uß kommen,
die Parteien
Braunshweig,
e Möglich-
emen um die
schlands, die
in Regierung
auf einer Mit-
der gegen-
Partei, denn
ne solche Re-
chon die Ar-
Jahres habe
arbeiten schon
ihre am nach-
tragend sein,
links stän-
nationale
gut denkbar,
liche Arbeit
lt zusammen-
wäre, unsere
de aber nur
Partei. Zwar
schen Geruch
Herford, mit
ich doch eine
wolle man
er einem be-
ein dumper
merge wuchs,
öume sie das
saß sie lange
alte Valentin
an verloren;
wenn er ihr
sein; er sei
Geschichte aus
d, von einem
lt. Er wußte
Personen, als
in alten Am-
ihres Geistes
in Leben hin-
losigkeit nicht
enblüß durch
belauichte et
men Gefühls;
seito schwerer
ein Erzähler
aus mit den
in ihrer Nähe
ich unberüh-
n, was hatte
ne zerbrochen
en da, die so
wusste, unger-
ihre Unglück
die selbst der
rem Rachein.
Unblick uns
en bei ihrem
che Richtung,
auf solchen
en rüh-
n mit seinem
hriftliche, so
en gestanden,
ung folgt.

nichts gemein haben. Die Demokratie aber habe das Staatschiff wieder hochgehoben, nicht das Gegenteil, wie oft behauptet werde und dann, sei denn die Revolution etwas so verwerfliches? Der Redner ging nun ausführlich auf die geschichtliche Entwicklung des Staatslebens ein, wie sich aus dem Absolutismus die konstitutionelle Monarchie ergeben mußte, weil sich das Volk durch seine Leistungen ein Recht auf Mitbestimmung seiner Geschicke erworben hatte, wie die konstitutionelle Verfassung im Grunde jedoch nur eine Regierungsklasse geboten und das Volk diese wiederum, nachdem es gezeigt, was es zu leisten vermöge, nachdem es sich seines Wertes bewußt geworden, dieser aber nicht anerkannt wurde, nicht mehr ertragen konnte und sich selbst zum Lenker seiner Geschicke berufen hatte. Das sei die naturgemäße Entwicklung, das Erwachen eines Volkes. Selbst der konservativste Junker wünschte doch sicher nicht die Zustände vor 1848 zurück. Ebensovienig wolle das Volk jetzt seine wohlverworbenen Rechte wieder aufgeben und eine Klassenregierung aus Ruder kommen lassen. Es müsse aber seine Rechte jetzt auch wahrnehmen, nicht denken: wir haben ja eine Regierung! Das Volk sei die Regierung, darum sei es eines jeden Pflicht mitzuarbeiten am Umbau des Staatswesens. Damit aber wahre Demokratie werde, sei es notwendig, daß alles einig sei. Der Deutsche habe gezeigt, daß er es könne, 1815 bei der Volkserhebung, 1914 bei Kriegsausbruch, bei dem einzigen Protest gegen die Auslieferung der „Schuldigen“, bei dem gegen die schwarze Schmach, freilich erfordere eine Einigung von jedem Opfer, ein jeder müsse in etwas nachgeben. Die leidige Interessentpolitik, der leidige Parteihader müsse fallen angesichts unserer großen Aufgabe. Nicht was im Interesse des einzelnen, sondern in dem des ganzen Volkes liege, müsse den Ausschlag geben. Einen Volkswillen zu schaffen sei keine Unmöglichkeit, auf der Mittellinie könne und müsse man zusammenkommen. (Sehr richtig!) Jetzt sei die entscheidende Stunde gekommen, wenn nicht jetzt, werde es niemals gelingen, das Volk zu einigen. Darum könne es auch nur eines geben, sich der Mitte anzuschließen, der Deutsch-Demokratischen Partei.

Anhaltender Beifall lohnte die Ausführungen des Redners, die dermaßen überzeugend gewirkt hatten, daß sich nicht einmal Vertreter der Rechtsparteien, deren mehrere anwesend waren, zur Aussprache das Wort erbaten. So verlief denn der Abend voll harmonisch und nach einigen Schlussworten des Vorsitzenden, die gleichfalls mit Beifall aufgenommen wurden, endete die Versammlung nach 11 Uhr.

Steuererhebung durch Lohnabzug.

Wie wir bereits in der Sonnabendnummer kurz mitgeteilt, wird in den nächsten Tagen eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums veröffentlicht werden, durch die aus dem Reichseinkommensteuergesetz die §§ 45-52 vom 25. Juni 1920 ab in Kraft gesetzt werden. Nach diesen Paragraphen werden vom 25. Juni ab sämtliche Arbeitgeber verpflichtet, 10 v. H. des Lohnes oder Gehalts ihrer sämtlichen Arbeiter und Angestellten zugunsten des Reiches als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für diesen Betrag Steuernmarken in die Steuerkarte des Arbeiters oder Angestellten zu kleben. Die Arbeiter und Angestellten sind verpflichtet, durch die Gemeindebehörde ihres Wohnortes oder Geschäftsortes Steuerkarten ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich.

Früher als nach den bisherigen Ankündigungen erwartet werden konnte, tritt damit eine Bestimmung des Reichseinkommensteuergesetzes in Kraft, die in die Verhältnisse der breiten Volkschicht tief eingreift und mit der sich genau vertraut zu machen im eigenen Interesse jeden Steuerzahlers liegt. Das neue Reichseinkommensteuergesetz fußt auf der sogenannten Quellensteuere. Im Gegensatz zu bisher wird die Einkommensteuer ganz oder doch zum größten Teil nicht mehr vom Steuerpflichtigen gezahlt, sondern sie wird von der Quelle erfasst, d. h. aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit in einer Weise erhoben, die Steuerhinterziehungen für die Zukunft unmöglich machen sollen. Aus der Verordnung des Reichsfinanzministeriums ergibt sich, daß wir es zunächst mit einer vorläufigen Einkommensteuer zu tun haben, und zwar mit der Einkommensteuer, die nach der letzten landesrechtlichen Veranlagung zu zahlen war. Die Veranlagung zur endgültigen Reichseinkommensteuer wird erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 erfolgen, und zwar nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in diesem Kalenderjahr bezogen hat. Wir haben es also zunächst mit einem Uebergangsstadium zu tun. Mit dem Inkrafttreten des Reichseinkommensteuergesetzes treten automatisch die Einkommensteuern der Länder und Gemeinden außer Kraft. Es gibt nun nur noch eine für das ganze Reich geltende Reichseinkommensteuer, die nach einheitlichen Vorschriften veranlagt und erhoben wird.

Über die Technik der neuen Steuererhebung sind die Vorarbeiten hinnerhalb abgeschlossen. Als Arbeitseinkommen, von dem der Arbeitgeber 10 v. H. einbehalten muß, gelten Gehälter, Besoldungen, Löhne, Lantien, Gratifikationen oder unter anderer Benennung gewährte Bezüge und finanzielle Vorteile der im öffentlichen oder privaten Dienst angestellten oder beschäftigten Personen, ferner Markgelde, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge aus früheren Dienstleistungen oder früherer Berufstätigkeit. Bei allen diesen Einkommen muß der Arbeitgeber 10 v. H. des Arbeitslohnes einbehalten und dafür Steuernmarken in die Steuerkarten kleben. Der einzubehaltende Betrag ist auf volle Mark nach unten abzurunden, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, in allen anderen Fällen auf volle 10 Pfennig nach unten. Das Einkleben der Steuernmarken in die Steuerkarte hat bei Auszahlung des Arbeitslohnes zu erfolgen, und jede Steuerkarte muß gleichzeitig einverleitet werden.

Die auf diese Weise einbehaltenen Beträge werden auf die von jedem Steuerpflichtigen zu zahlende Einkommensteuer angerechnet. Eine besondere Aufforderung zur vorläufigen Entrichtung der Einkommensteuer ergeht an die Steuerpflichtigen, bei denen die 10 v. H. einbehalten werden, nicht mehr. Wohl aber erhalten sie Mitteilung, wenn nach den Feststellungen der Steuerbehörde die Steuer den Abzug übersteigt. In diesem Falle wird der Wert der eingeklebten Steuernmarken von der Steuerbehörde auf die Steuer angerechnet, und der fehlende Betrag ist in Bar nachzuzahlen. Umgekehrt umgekehrt der Wert der Steuernmarken auf die zahlende Einkommensteuer, so wird der überschüssige Betrag entweder auf die im nächsten Jahr zu zahlende Steuer angerechnet oder, falls auch im nächsten Jahr ein geringerer Betrag zu bezahlen ist, als der Steuerabzug beträgt, in Bar zurückerstattet. Die Entrichtung der Steuer erfolgt auch weiterhin in vierteljährlichen Raten, die jeweils bis zum 15. der Monate Mai, August, November und Februar an die Steuerbehörden abzuführen sind. Der seinen Wohnsitz wechselt, kann dem neuen Finanzamt die Steuernmarken seines bisherigen Wohnsitzes in Zahlung geben, so daß niemand eine doppelte Steuerzahlung zu befürchten braucht.

Auf Antrag des Arbeitgebers kann die Steuerbehörde gestatten, daß die Verwendung von Steuernmarken unterbleibt, wenn nämlich der Arbeitgeber den zehnprozentigen Abzug in Bar oder durch Ueberweisung regelmäßig dem Finanzamt übermittelt. In diesem Fall muß aber der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer auf Verlangen monatlich eine Bescheinigung über den einbehaltenen Betrag ausstellen.

== **Wettervoraussage.** Montag: Zunächst kühl, wolftig mit aufsteigenden S- und SO.-Winden. Nachmittags treten im W. und N. wieder Niederschläge auf, vielfach mit Gewittern. Am Dienstag breiten sich die Regenfälle über den ganzen Bezirk bei meist trübem Himmel aus, sind oft ergiebig und im S. und W. stellenweise von Gewittern begleitet.

== **Personalnachrichten.** Herr Wilhelm Lesemann ist als Fachlehrer an die Kunstgewerbeschule in Bielefeld (Abteilung Buchdruck) berufen.

== **Eine Neubearbeitung der Bahnkarte** soll, wie wir hören, demnächst vorgekommen werden, um zu Tage getretene Härten, namentlich im Frachtverkehr, auszugleichen.

== **Das große Los.** Der Hauptgewinn der Preussisch-Südd. Klassenlotterie im Betrage von 500 000 M. fiel auf die Nr. 233 441.

== **Spielplanänderung der Preussischen Klassenlotterie.** Die Aenderung und wesentliche Verbesserung des Spielplans der Preussischen Klassenlotterie wird weite Kreise interessieren. Anfangend mit der im Juli beginnenden 242. Lotterie werden gegen früher, bei gleicher Loszahl, 25 386 536 M. in 5 Klassen mehr ausgespielt. Wenn naturgemäß der Preis der Lose erhöht worden, so ist aber auch durch die Neueinteilung die Aussicht auf größere Gewinne ganz bedeutend erweitert. Die neuen Pläne sind bei den Lotterieverwaltungen kostenlos zu erhalten.

== **Nur noch 3 M. für eine Silbermark.** Vorgestern hat die Reichsbank eine weitere Herabsetzung des Verkaufspreises für die Silbermark bekannt gegeben; künftig werden Silberne Ginnmarken nur noch mit 3 M., die höheren Silbermünzen entsprechend eingelöst.

== **Verlängerte Frist für Anmeldung von Auslandsforderungen.** Durch eine Bekanntmachung des Wiederaufbauministeriums vom 25. Mai ist die für die Anmeldung deutscher Forderungen beim Reichsaufsichtsamt bis zum 1. Juni bestimmte Frist bis zum Ablauf des 30. Juni verlängert worden.

== **Ertrunken** ist gestern nachmittag der 11 Jahre alte Sohn des Arbeiters Wiebrod, Ahmerstraße. Wie wir hören, wollte der Junge seinem kleineren Bruder einige Schwimmflüsterchen vormachen und geriet dabei in eine Antiefe. Die Leiche konnte geborgen werden.

Ami Herford-Bibbenhausen.

u. **Cidm.** 30. Mai. Einem hiesigen Landwirt wurde am helllichten Tage, während die Familie in der Nähe beim Durchhaken war, ein Hund Butter aus dem Schranke gestohlen. — Ein anderer hatte das Unglück, ein Pferd im Werte von 20 000 M. schlachten zu müssen.

u. **Diebrod.** 30. Mai. Die Wärme der letzten Tage hat den Graswuchs auf Wiesen und Weiden derart gefördert, daß wir demnächst eine besonders gute Heuernte zu erwarten haben und damit vielleicht ein Sinken der fabelhaften Heupreise. Auch die Bohnenblüte verspricht eine gute Ernte. Der Regen ist infolge vielen Kunstbünders derart gewachsen, daß er sich leider vor der Blüte schon an einigen Stellen bei den letzten Gewitterregengüssen gelagert hat.

Rippische Freikstaaten.

h. **Deimold.** 30. Mai. In der letzten Woche gab es für die lippische forschungsberechtigte Bevölkerung wieder einmal kein Fleisch. Die zur Ablieferung von Vieh zu Schlachtzwecken verpflichteten Landwirte freuten einfach. Für den ganzen Bezirk Rippe waren in der vergangenen Woche zur Versorgung der Bevölkerung sage und schreibe vier Rinder abgeliefert. Dabei kann man Rind-, Kalb- und Schweinefleisch im Schleifhandel in Hülle und Fülle haben, allerdings zu märchenhaft anmutenden Preisen. Der Bevölkerung in Rippe, besonders der in den Städten, hat sich eine Erregung bemächtigt, die die schwersten Ereignisse erwarten läßt.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem Leserkreis, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)
Wahlagitation durch Kinder!

In den Wahlerversammlungen beobachtet man die Anwesenheit von Schülern der höheren Lehranstalten, namentlich Gymnasien. Wenn es noch Schüler der höheren Klassen wären, würde man es notfalls verstehen können. Daß man aber Schüler der jüngeren Klassen als Klaghe, Opposition und zur Verteilung von Zetteln bis in die späten Nachstunden benutzt, erscheint mir wenig zuträglich für die Leistungen in der Schule und für die ganze Erziehung. Am Schlusse der demokratischen Versammlung am 26. d. M. wurde beispielsweise ein Oberkettianer bei der Verteilung von Zetteln abgefaßt — zu seiner Ehre sei gesagt, daß es sich dieses Mal nicht um antisemitische Zettel handelte, sondern nur um Flugblätter der Deutschen Volkspartei. In den früheren Berichten der obersten Heeresleitung konnte man häufiger lesen, daß die Feinde Frauen und Kinder vor sich hertrieben, um sich selbst zu schützen und mit Recht erregte diese Methode den stärksten Unwillen jedes einzelnen. Hier im Wahlkampf hat man scheinbar davon gelernt, denn alle diese dunklen Ehrenmänner, die in Herford genügend bekannte schmutzige Propaganda treiben, die das Stadtbild mit gemeinen und unwahren Zetteln verschöneren, verfolgen dieselbe Taktik. Sie wagen es nicht selbst offen hervor zu treten, sondern verstecken sich hinter Schulkinder. Und merkwürdigerweise sind es gerade die „nationalen“, mutigen Rechtsparteien, die solcher Feigheit schuldig machen. Ich habe wenigstens noch niemals gesehen, daß die Schüler demokratische oder gar sozialdemokratische Wahlsprüche verteilten. Meines Wissens haben diese Rechtsparteien auch am allerheftigsten dagegen protestiert, daß das Wahlrecht bis auf die 20jährigen Frauen und Männer ausgedehnt wurde, weil sie diese noch nicht für die Wahl für reif hielten. Jetzt gerren sie sogar noch Kinder in den Wahlkampf mit hinein! Wo soll die Autorität bleiben, wenn man unreifen Schülern nicht einmal sachliche Kritiken über die Staatsordnung in die Hand gibt?

Es wäre doch auch möglich, daß einige Lehrer der höheren Lehranstalten auch in Herford eine andere politische Überzeugung haben als die rechtsstehenden Parteien. — Kann der Schüler vor diesen noch den nötigen Respekt haben, wenn er abends in den Versammlungen mitmacht gegen die Parteien, zu denen sein Lehrer gehört? Früher, in der Zeit, die die Rechtsparteien wieder herbeiführen wollen, gab es in der Schule Vorschriften, nach denen der Schüler zu einer bestimmten Zeit zu Hause zu sein hatte, das scheint heute vorbei zu sein, und zwar durch dieselben Wiederbringer alter guter Zeiten. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß das Schulkollegium nicht schleunigst den Schülern jegliche Teilnahme an Wahlversammlungen verbietet, denn darin liegt keine erzieherische Wirkung, daß man unreifen, ganz unentschiedenen Jungen Wahlagitation zumutet. Schließlich soll doch die Schule in ihrer erzieherischen Tätigkeit auch Erfolg haben. Ferner wäre es zu überlegen, daß man in der jetzt knappen Arbeitsgelegenheit Kinder mit Zetteln herumtragen beauftragt, die es nötig haben etwas zu verdienen. Der Wahlfonds dieser Parteien muß nach der großen Propaganda zu urteilen, die getrieben wird, groß genug sein, um auch die Belastung mit diesen paar Mark tragen zu können. G. B.

Für die Wahl zum Elternbeirat des Friedrichs-Gymnasiums, die am 31. Mai stattfindet, war zunächst nur die Kandidatenliste „Niemann“ beabsichtigt. Es kam jedoch zu Unstimmigkeiten. Nach vergeblichen Versuchen zur Einigung blieb nichts anderes übrig, als einen neuen Vorschlag aufzustellen, die Liste „Fouquet“. Folgende Erwägungen sind dabei maßgebend gewesen: 1. Eine erzieherische Tätigkeit des Elternbeirats kann nur durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Elternschaft und Lehrerkollegium erreicht werden. Da letzteres nach der ministeriellen Verordnung den Sitzungen des Elternbeirats in der Regel beiwohnt, so ist es erwünscht, die Vertreter der Elternschaft aus anderen Kreisen heranzuziehen. 2. Falls daneben auch berufliche und konfessionelle Gesichtspunkte mit berücksichtigt werden sollten, sei es angebracht, auch die Kaufmannschaft und von den akademischen Berufen einen Arzt oder Rechtsanwalt heranzuziehen. 3. Parteipolitische Rücksichten haben auszuschließen. 4. Bei der Aufstellung der Liste Fouquet, die von einem größeren Kreise von Eltern vorgenommen worden ist, konnte das Einverständnis von 10 Kandidaten an Ort und Stelle eingeholt werden, während man bei zwei nicht anwesenden auf einen anderen Weg angewiesen war. Daß ein Kandidat von den letzteren nachher seine Zusage zurückgezogen hat, damit allerdings bedauerlicherweise zu spät gekommen ist, ändert an der angeführten Tatsache nichts. 5. Die Zustimmung aus weiten Kreisen der Elternschaft beweist, daß die zweite Liste bei der Wahl und Zusammensetzung des Elternbeirats wesentliche Dienste leisten kann, woran wir Versuche, sie in Mißkredit zu bringen und Kandidaten von ihr abzudrängen, nichts ändern werden.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Halle, 30. Mai. Hier werden sämtliche Kinos durch die hohe Aufbarteissteuer gezwungen, am 31. Mai ihre Pforten zu schließen. Die Stadt will die Gelegenheit bemessen, die Kinos zu kommunalisieren.

Hannover, 30. Mai. In mehreren Ortschaften der Provinz Hannover ist es in der vergangenen Woche zu blutigen Zusammenstößen zwischen Zigeunern und Räuberbanden einerseits und Einwohnern andererseits gekommen.

Gelsenkirchen, 29. Mai. Einen guten Fund hat die Polizei bei einem hiesigen Schlossermeister S. gemacht. Sie entdeckte bei ihm ein ganzes Lager neuer Treibriemen, Messinghähne und kupfernen Rabeldraht im Gesamtwerte von 250 000 M. Die Sachen, die sämtlich beschlagnahmt wurden, waren von Gladbeck aus nach Gelsenkirchen geschafft worden.

Trier, 30. Mai. Die große ehemalige Pionierkaserne wurde gestern ein Raub der Flammen. Bedeutende Vorräte an brennbaren und feuergefährlichen Stoffen, die einen großen Wert repräsentieren, verbrannten. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch unbekannt.

Wth. Breslau, 29. Mai. Die Breslauer Neuesten Nachrichten melden aus Waldenburg: Gestern nachmittag wurde in der Nähe des Bahnhofs ein zur Abblagzahlung gehender Offizier der kaiserlichen Guben von zwei Männern überfallen. Die Räuber entrißten dem Beamten 30 bis 40 000 M. und entkamen unerkannt zu Made.

Millionenschiedungen im Industriegebiet.

hi. **Berlin, 29. Mai.** Der Voss. Ztg. wird aus Bochum berichtet: Großes Aufsehen erregt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Ausbeutung von Millionenschiedungen mit Benzol, Benzin und Gummi, an denen Großhändler aus Bochum, Düsseldorf, Köln, Berlin, Hamburg usw. beteiligt sind. Bisher wurden 10 Personen verhaftet. Nach der Westf. Volksztg. sind in die Angelegenheit auch leitende Beamte der Berliner Reichsstellen verwickelt, mit deren Hilfe es den Schiebern gelang, ihre unlauberen Machenschaften zu verwirklichen und dabei für sich unerhörte Gewinne einzufstreichen.

Die „unpolitische“ Reichswehr.

Dortmund, 29. Mai. Wie der Dortm. Ztg. mitgeteilt wird, hat ein Leutnant und Kompagnieführer Oesterreich (oder Oestreich) gestern seine Kompagnie (früheres Freikorps Oberland, später Zeitfreiwilligenbataillon Dortmund, dann Wachkommando Dortmund, jetzt) für die Deutschnationale Volkspartei verpflichtet wollen. Kommentar überflüssig!

Wieder ein großes Schadenfeuer bei Hamburg.

Hamburg, 29. Mai. In der Meherischen Lederfabrik entstand in der letzten Nacht aus unbekannter Ursache im Fabrikgebäude ein Feuer, das sich rasch über das ganze Gebäude verbreitete; es brannte mit seinem Inhalt an Maschinen, fertigen und halbfertigen Lederwaren vollständig aus. Die Feuerwehr mußte sich auf die Rettung der Nebengebäude beschränken. Der Wert der vernichteten Waren und Rohmaterialien beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Wollenbruch in Mansfeld.

Magdeburg, 30. Mai. Durch einen Wollenbruch und eine Hochwasserkatastrophe wurden ins Mansfeld und Umgebung schwere Verwüstungen angerichtet. Fünfzig Häuser sind teils eingestürzt, teils dem Einsturz nahe. Eine Pionierkompagnie ging von Magdeburg in das Unfallgebiet ab.

Schwere Unwetter in Mittelhüringen.

Jena, 29. Mai. In Mittelhüringen gingen schwere Gewitter mit Hagelschlag nieder. In der Rothensteiner Flur sind 90 Prozent der Getreidernte vernichtet.

Eine Briefmarke für 100 000 Frank.

In Paris wurde in einem Versteigerungssaal eine Postmarke — Mantrikusmarke — vom Jahre 1847 (Nominalpreis 3 Pence) für 100 000 Frank verkauft. Im ganzen bestanden noch etwa 10 bis 12 Exemplare jener Marke, die in Bordeaux aufgefunden wurde.

Wirtschaftsleben.

Derivatkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:

Telegraphische Auszahlungen:	29. Mai		28. Mai	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam-Rotterdam	1448,50	1451,50	1448,50	1451,50
Brüssel-Antwerpen	312,30	312,80	312,20	312,80
Christiania	699,30	700,70	699,30	700,70
Kopenhagen	649,70	650,70	641,80	643,20
Stockholm	864,10	865,90	864,10	865,90
Göteborg	184,80	185,10	199,50	200,20
Genève	289,75	290,25	229,75	230,25
London	153,85	154,15	154,85	155,15
New York	39,20	39,80	39,20	39,80
Paris	294,70	295,30	—	—
Schweiz	699,30	700,70	—	—
Spanien	641,80	643,20	—	—
Wien (alles)	21,47	21,53	22,97	23,03
do. (Deutsch-Öst. abgestemp.)	29,47	29,53	30,47	30,53
Berlin	84,80	85,10	84,90	85,10
Budapest	22,97	23,03	24,47	24,53

Tabak.

Mannheim, 26. Mai. Der Goldaufschlag wurde vom 25. Mai ab bis auf weiteres auf 700 v. S. festgelegt. Mit hin sind für einen Zollobtrag von 100 M weiterhin 800 zu entrichten.

Gründung eines Großhändlerverbandes der Tabakfabriken der Pfalz.

Mannheim, 29. Mai. Die Unsicherheit betreffs der zukünftigen Gestaltung des deutschen Tabakgewerbes, verbunden mit erschwerter Absatz der Tabakfabrikate, haben eine seit langem nicht mehr genannte Geschäftskrise bewirkt. Während in der Rauchtabakfabrikation der Absatz noch als befriedigend anzusehen ist, ist der Verkauf von Zigarren höherer Preislagen schon recht schwierig ge-

worden. Auch bei völliger Freigabe der Tabakbewirtschaftung ist deshalb an die Gefahr einer erhöhten Einfuhr garnicht mehr zu denken, da die Fabrikanten recht zufrieden sind, wenn sie ihre Produktion in jetziger Höhe an den Mann bringen können.

Auf einer in Neustadt abgehaltenen Versammlung von Tabak-interessenten der ganzen Pfalz wurde der obige Verband mit dem Sitz in Landau errichtet. Der Verband bezweckt die Ausschaltung des Schieber- und Wuchertums und die Versorgung der Klein-händler mit preiswerter Ware. Außerdem will er Stellung nehmen gegen jene Zigarettenfabriken, die dem Verband deutscher Zigarettenfabriken in Dresden angehören, um einen auskömm-lichen Verdienst für den Großhandel zu schaffen.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Gefrierfleisch-Verkauf für die Woche vom 31. Mai bis 6. Juni d. J. findet am Dienstag, den 1. Juni d. J. nachm. und Mittwoch, den 2. Juni d. J. vorm. in allen Schlachtereien statt. Beliefert werden die gültigen Fleischartenabschnitte Nr. 3 mit je 200 Gr. ausl. Rindergefrüesfleisch. Das Pfund kostet 8 M.

Harzöl-Verkauf für die Woche vom 31. Mai bis 6. Juni d. J. findet am Dienstag, den 1. Juni d. J. nachm. und Mittwoch, den 2. Juni d. J. vorm. in allen Schlachtereien statt. Beliefert werden die gültigen Harzölartenabschnitte Nr. 3 mit je 200 Gr. ausl. Rindergefrüesfleisch. Das Pfund kostet 8 M.

Vollmilch. Die Vollmilcharten für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre (braune Karten) sind bis auf weiteres mit 1 Liter täglich und die Karten für Kinder im 3. bis 6. Lebensjahre (rote Karten) mit 1/2 Liter täglich zu beliefern.

Die Kartoffelmarken Nr. 5 und 6 verlieren mit dem 5. Juni d. J. die Gültigkeit.

Herford, den 31. Mai 1920. Lebensmittelamt.

Ämtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Die Fetteinheit für die Zeit vom 2. bis 8. Juni 1920 beträgt: 1. für Fettberufsberechtigte a) auf Fettmarkte 21 80 Gramm Butter zu 71 S., b) auf Margarinemarkte 25 200 Gramm Margarine zu 4,90 M.; 2. für Selbstverföhrer a) 75 Gramm Butter (eigener Erzeugung), b) auf Margarinemarkte 20 stehen zur Verfügung 25 Gramm Margarine zu 62 S.

Herford, den 29. Mai 1920.

Kreisverwaltungsamt des Landkreises Herford.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April und vom 5. Mai 1920, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen (Reichsgesetzblatt Seite 479 und Seite 887) bin ich von dem Reichs-minister des Innern durch Erlasse vom 12. April 1920 I M 3327 II. Ang. und vom 11. Mai 1920 I M 4601 zum Regierungs-kommissar für den Regierungsbezirk Minden sowie für die Regierungs-bezirke Münster, Arnberg und Düsseldorf ernannt worden.

Als solcher bin ich ermächtigt, Anordnungen zur Wiederher-stellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu treffen, ohne an die in diesen Regierungsbezirken durch die angeführten Verord-nungen des Reichspräsidenten vorübergehend außer Kraft gesetzten Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des deutschen Reiches gebunden zu sein.

Zu meinem Vertreter in den Geschäften des Regierungs-kom-missars hat der Reichsminister des Innern durch Erlaß vom 26. April 1920 I M 3332 den Regierungspräsidenten in Münster ernannt.

Münster, den 16. Mai 1920.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen als Regierungskommissar.

Lichtspielhaus „Wittkind“

Höckerstrasse 5 Fernsprecher 680

Heute Montag:

ein Dauer-Programm!

Ab 6 1/2 Uhr:

„Das Mädel aus Japan“

Hauptrolle: Lia Ley. Lustsp., 3 Akte

Ab 7 1/4 Uhr:

„Die Erbin“

Drama, 4 Akte

Hauptrolle: Hedda Vernon

Ab 8 1/2 Uhr:

„Der erste Liebes goldne Zeit“

Hauptrolle: Lia Ley. Drama, 4 Akte.

Ab 9 1/2 Uhr:

„Bergblume“, ein Spiel von Liebe

und Leid aus dem Hochgebirge.

Drama, 5 Akte.

Hauptrolle: Hilde Wolter

Versteigerung.

Am Dienstag, den 1. Juni mittags 12 Uhr werde ich das

Milchhäuschen am Bahnhof

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Robert Formel, Auktionator,

Hollandsstraße 49.

Mit dem heutigen Tage eröffnen wir in Herford,

Höckerstrasse Nr. 4

eine Annahmestelle unserer Dampf-Fär- berei und Chemischen Reinigungsanstalt.

Färben und Reinigen

von Kleidungsstücken, Stoffen,

Teppichen etc. etc.

Schnelle, gute und preiswerte Bedienung sichern wir zu.

Dampf-Färberei Ulrich.

Annahmestelle Höckerstrasse 4.

Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Ostseefahrt

Regelmässiger Passagier-, Gepäck- u. Expressgut-Ver- kehr zwischen Swinemünde, Zoppot u. Danzig.

Ab 2. Juni 1920:

Mittwochs und Sonnabends von Swinemünde 8.00 V.

(Anschlusszug ab Berlin Stett. Bf. Dien- stags und Freitags 10.34 N.)

Montags und Donnerstags von Danzig 8.00 V. von

Zoppot 9.00 V. (Rückkunft in Berlin Stett. Bahnhof Dienstags und Freitags 8.06 V.)

Fahrkarten und Auskünfte bei den Vertretungen des Norddeutschen Lloyd, des Mitteleuropäischen Reise- büros (M. E. R.), den grösseren Eisenbahnstationen und der Abteilung Seebäderdienst des Norddeutschen Lloyd, Bremen, Bahnhofstrasse 36.

Blickschikanlagen.

Neuanfertigung und Reparaturen. Uebernehme

auch die erforderlichen Dachdeckerarbeiten.

Joh. Steinmann Wwe.

Fernsprecher 630.

Baukumpner.

Arbeiter!

Am Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Saale Delius,

Bergedorf, eine

große öffentliche

Bolks-Versammlung

statt.

Referent: Genosse P. Maslowski.

Thema: Weltrevolution, Kommunismus, Reichstagswahl.

Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

Kommunistische Partei Deutschlands

(Spartakusbund)

Arbeiterinnen!

Brintmann's Garten.

Dienstag abends 8 Uhr

Großes Konzert

des städtischen Orchesters.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Ein- u. Verkauf

v. gebrauchten Fahrrädern,

Fahrradteilen aller Art.

Ständig großes Lager in ge- brauchten Fahrrädern v. 100—1000 Mark.

Reparaturen prompt u. billig.

Gustav Marten,

Herford, Solmsstraße 171.

Bierbüfett.

transportabel und sehr gut er- halten, preiswert zu verkaufen.

Gasölbeheizung sehr gut für Gartenwirtschaften.

Joh. Steinmann Wwe.

Fernsprecher 630.

Zwei elegante

Maßanzüge

erste Qualität, aus Privatbestand, sehr billig zu verkaufen.

Befichtigung abends 6—8 Uhr.

Lehmacher,

Herford, Radewigstraße 23.

Ein Wagen

(Kohlenkippfahre),

billig zu verkaufen.

Kohlenverkaufsstelle

G. m. b. H.,

Edt Stein- und Wietendorf.

Ein weiß emaillierter

Kochherd

wegen Wohnungsmangel zu verkaufen. Nachfrage unter Nr. 8284 in der Gewächst. d. Stg.

Küchen und

Schlafzimmer

taufen,

wenn billig, gegen Kasse

Möbelhaus

G. Schneider & Sohn

Oberhausen (Rhld.)

Gebildetes junges

Mädchen

(Anfängerin), gewandte Anfertigung schriftlicher Arbeiten, die auch die einfache Buchführung, Kurzschrift und Maschinenschriften beherrscht, zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftl. Angebote mit Gehaltsanspr., Zeugnisabschr. u. Lichtbild an

Gemüse- u. Obstmarkt,

nur Arndstraße 6.

Verloren

breite, silberne Halskette

(Andanten) am Sonntag nach- mittag im Steinbruch auf der Egge. Gegen gute Belohnung abzugeben. Hermannstr. 32.

Ja, auch Sie

tun gut daran, jetzt sofort eine

Winterreinigungsfur mit d m bewährten Winterreinigungsfur Marke „Wohlfahrt“ zu unter- nehmen. 1 Pat. Nr. 5, —, 3 Pat. Nr. 13,50.

Hausfuch, Krüge

in 2—3 Tagen beliebig durch Spezialapparat Nr. 10 M. 25.

Offene Beine

und andere Wunden verschwin- den bei Gebrauch v. „Mutter Oberin“ Kröner Wandbrosch. Nr. 6,75 und 9,75. Alle Artikel gegen Nachn. ausg. Borte u. Verpackung, nur echt vom Laborat. Löwenhof 2 Dortmund 100.

Mein Wohnhaus

mit kleinem Garten, Petzillen- straße 14, ist gegen Höchstgebot zu verkaufen. Schriftliche An- gebote bitte ich unter D. 100 an die Expedition der

„Lippische Nachrichten“

in Schölar zu richten.

Brennholz

prima Buche, sowie Mischholz (Eiche, Birke, Kiefer), gesunde, trockene Ware, auf Osenlänge geschnitten, täglich in jeder gewünschten Menge

vorrätig, ab Lager, sowie frei Haus.

Buchen-Scheitholz

für Bäcker ab Wagon zu Vorzugspreisen.

H. Wilke, Herford

Fernsprecher 489.

Diebroderstr. 8.

Sofort ab Lager lieferbar:

Birke 1000 Duf. einked. Doppellochschlöffer, eiserne

Stulp Nr. 1 und 3, von jeder Größe je die Hälfte

25 30 35 40 45 50 55 70 mm Dorn

rechts 50 50 50 150 100 200 100 200 Dugend

links 25 — — 100 — — — —

ferner 100—1000 Duf. Rutenbartschlüssel passend zu

obigen Schlössern.

Anfragen erbeten unter M. L. 8274 an die Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Bekanntmachung.

Die Ausstellung

der „Jungdeutschen Künstler“

ist bis Mittwoch, den 2. Juni geöffnet.

Elberdisen und Umgegend.

Am Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, spricht

bei Wirt Ehrler, Elberdisen

Herr Schneider

aus Paderborn

über

Die kommende Reichstagswahl.

Männer und Frauen aller Parteien von

Elberdisen und Umgegend sind hierzu eingeladen.

Freie Aussprache!

Deutsch-Demokratische Partei.

Deutsch-Demokratische Partei.

Am Dienstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr

spricht Herr Landtagsabgeordneter

Buchdruckereibesitzer Kuhle, Herford

im Hermann'schen Saale zu Enger

über:

Wen soll ich in den Reichs-

tag wählen?

Männer und Frauen aller Parteien werden hierzu

eingeladen.

Freie Aussprache!

Deutsch-Demokratische Partei

Ortsgruppe Enger.

Benzinghausen u. Umgegend.

Am Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, spricht

im Saale des Herrn Benzing

Landtagsabgeordneter

Kuhlemeyer - Detmold

über

Die kommende Reichstagswahl.

Männer und Frauen aller Parteien von

Benzinghausen u. Umgegend sind hierzu eingeladen.

Freie Aussprache!

Deutsch-Demokratische Partei.

Achtung! Landleute! Achtung!

Gebisse

auch zerbrochene und einzelne Teile kaufe ich zu höchsten

Tagespreisen nur am Mittwoch, den 2. Juni, von

9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends im Hotel Kaiserhof.

Herwig.